

## **Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Birkach**

---

**Datum** 21. November 2016  
**Beginn** 19:00 Uhr  
**Ende** 21:10 Uhr  
**Ort** Grüninger Straße 20, Alfred-Wais-Halle, Birkach

---

**Vorsitz** Oberbürgermeister Kuhn  
**Protokollführung** Mikaela Wessels, Stv. Bezirksvorsteherin  
Stephanie Reinhold, Stv. Bezirksvorsteherin

### **I. Begrüßung durch Frau Bezirksvorsteherin Lindel**

Frau Bezirksvorsteherin Lindel eröffnet die Einwohnerversammlung. Sie heißt Herrn Oberbürgermeister Kuhn und die Einwohnerinnen und Einwohner aus Birkach und Schönberg herzlich willkommen. Desweiteren begrüßt sie die Herren Bürgermeister Dr. Mayer, Wölfle, Pätzold, Thürnau, Dr. Schairer und Frau Bürgermeisterin Fezer und bemerkt, dass somit nahezu die gesamte Verwaltungsspitze für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehe.

Ebenso heißt Frau Lindel Frau Reich-Gutjahr aus dem Landtag, Herrn Dr. Häfele aus dem Regionalparlament und aus dem Gemeinderat Herrn Dr. Vetter, Frau Munk, Frau Dr. Hackl und Herrn Conz herzlich willkommen.

Den Stadträtinnen und Stadträten dankt die Bezirksvorsteherin dafür, dass sie inzwischen eine Einigung in Bezug auf die gemeinsame Mensa bzw. die räumliche Entwicklung der Körschtalschule und das Paracelsus-Gymnasium erzielt haben.

Frau Haller-Kindler, die Kinderbeauftragte der Stadt Stuttgart, wird ebenso willkommen geheißen wie die Bezirksbeirätinnen und -beiräte aus Birkach und die Gäste aus Plieningen. Auch begrüßt Frau Lindel die Vertreterinnen und Vertreter der zahlreichen Einrichtungen, Institutionen und Vereine, von denen manche ihr Tun im Foyer ausgestellt haben und die Vertreter der Kirchengemeinden. Ohne sie alle gäbe es

kein so gutes Miteinander und der Stadtbezirk wäre lange nicht so aktiv und attraktiv. Das gute Miteinander schließt ausdrücklich auch die gute Zusammenarbeit mit dem Polizeiposten, mit der Rot-Kreuz-Bereitschaft Plieningen-Birkach und der Freiwilligen Feuerwehr Birkach mit ein.

Die Bezirksvorsteherin freut es, dass der ehemalige Verwaltungsbürgermeister Rolf Lehmann und Frau Altstadträtin Meyer zu Uptrup gekommen sind. Das zeige, dass man viele Jahre in der Kommunalpolitik überstehen kann und - vor allem - immer noch Interesse daran hat.

Sie dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksamts und der Fachämter, die an der Vorbereitung der Einwohnerversammlung beteiligt waren und die auch in den nächsten Wochen noch damit beschäftigt sein werden.

Zum Schluss hat Frau Lindel noch ein großes Anliegen, das die Hundebesitzer betrifft. Bei der Aktion „Let´s Putz“- an der sich die Grundschule Birkach jedes Jahr am letzten Tag vor den Herbstferien beteilige und an der auch Frau Lindel teilgenommen hat - fiel auf, dass in den Grünanlagen entlang des Anna-Haag-Wegs sehr viel Hundekot lag, in den auch gleich fünf von 25 Kindern hineingetreten wären. Sie appelliert an die Hundebesitzer, unbedingt Hundekottüten zu verwenden. Mülleimer gebe es in der Gegend ausreichend.

Die Bezirksvorsteherin ist gespannt auf die Ansprache von Herrn Oberbürgermeister Kuhn und freut sich auf die Fragen, Anmerkungen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Schönbergs und Birkach.

Zuletzt überreicht sie dem Oberbürgermeister sowie den Bürgermeistern und der Bürgermeisterin die Fairtrade-Schokolade aus dem Stadtbezirk, die dieses Jahr von den Schülerinnen und Schülern der Körschtalschule gestaltet wurde und die es auf den Weihnachtsmärkten in Plieningen und Birkach sowie im Bezirksamt und in der Körschtalschule zu kaufen gibt.

## **II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn**

Herr Oberbürgermeister Kuhn bedankt sich bei Frau Bezirksvorsteherin Lindel für die Fairtrade-Schokolade und begrüßt die Bürgerinnen und Bürger zur Einwohnerversammlung.

Oberbürgermeister Kuhn stellt zunächst fest, Stuttgart gehe es gut. Der VfB stehe auf einem Aufstiegsplatz und der Fernsehturm sei der sicherste Fernsehturm der Welt. Die Stadt habe insgesamt 610.000 Einwohner, der Wirtschaft gehe es gut und die Arbeitslosenquote sei niedrig. Stuttgart sei im letzten Monat als Kulturhauptstadt des Jahres ausgezeichnet worden und auch die Auszeichnung „Oper des Jahres“ ging an Stuttgart. Es sei deshalb auch an der Zeit, in die Sanierung der Staatsoper zu investieren, denn sie sei ein richtiges Prunkstück in Stuttgart.

Aber es gebe auch an der einen oder anderen Stelle Schwierigkeiten. Zwei Themen machen der Stadtverwaltung besonders große Sorgen:

- Ein großes Problem sei die Luftqualität in der Stadt und zwar besonders im Kessel. Durch die Topographie sei die Luftverschmutzung in Birkach geringer.

Aktuell seien die Feinstaubwerte wieder besonders hoch, es finde kein Luftaustausch statt und die Verschmutzung bleibe im Kessel. Die Situation werde voraussichtlich noch mehrere Tage anhalten bis Regen oder Wind einsetzt. Die Werte für die Stickoxide seien ebenfalls hoch und zwar auch hier besonders im Kessel. Das Problem müsse dringend gelöst werden, sei aber nicht einfach zu lösen, weil viele Arbeitsplätze, aber auch Geschäfte und Einkaufszentren in der Innenstadt seien.

Der ÖPNV werde kontinuierlich verbessert und wachse jährlich um 3%. Das Jobticket sei eine gute Idee gewesen, da jetzt auch die großen Firmen wie Daimler und Porsche, aber auch viele Mittelständler, eingestiegen wären. Das Ziel sei es, dass möglichst viele Menschen den ÖPNV in ihrem Alltag nutzen.

Oberbürgermeister Kuhn bittet auch die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Tagen den ÖPNV zu nutzen, um in die Innenstadt zu fahren oder abzuwarten bis die Luft wieder besser sei.

Einen wesentlichen Beitrag zur Luftbelastung würden auch die Pendler aus der Metropolregion wie Reutlingen, Tübingen, Heilbronn, Göppingen u.a. beitragen, führt Herr Oberbürgermeister Kuhn an. Deshalb sei es auch wichtig, den Verkehr aus der Region auf die Schiene zu bringen. Allerdings würde die Planung und Umsetzung einer neuen Stadtbahn-Linie oder S-Bahn-Linie mehrere Jahre dauern.

Oberbürgermeister Kuhn gibt auch zu bedenken, dass die Stadt von der Autowirtschaft lebe. Er fordere die Automobilkonzerne immer wieder auf, schnell auf bessere technologische Lösungen umzusteigen. Ein Umstieg auf E-Mobilität würde die jetzige Situation deutlich verbessern, weil keine Stickoxide ausgestoßen werden. E-Mobilität wäre allerdings noch attraktiver, wenn die Automobilhersteller mehr bezahlbare Angebote machen würden.

- Ein weiteres großes Problem in Stuttgart sei der Wohnungsmangel. Wie alle deutschen Großstädte habe auch Stuttgart zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Dies gelte sowohl für Familien mit Kindern als auch für Menschen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen. Es fehle im gesamten Stadtgebiet an Wohnungen. Jedes Jahr würden ca. 2.000 Wohnungen gebaut. Oberbürgermeister Kuhn erklärt, dass die Stadt erst mit seinem Amtseintritt wieder in den sozialen Wohnungsbau eingestiegen sei. Es würden jedes Jahr ca. 600 Sozialwohnungen entstehen. In einer guten Stadtgesellschaft müsse für alle sozialen Schichten Wohnen in der Stadt möglich sein.

Oberbürgermeister Kuhn hebt als besonders positiv hervor, wie im letzten Jahr die Menschen in Stuttgart, aber auch in Birkach, mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung umgegangen seien. Derzeit würden 8.100 Flüchtlinge in Stuttgart leben, vor vier Jahren wären es nur 700 gewesen. Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolge nach dem Prinzip des Stuttgarter Weges dezentral.

Die Flüchtlinge würden von stadtweit 3.500 ehrenamtlichen Helfern aus den Flüchtlingsfreundeskreisen in ihrem Alltag unterstützt. Die Integration beginne am 1. Tag. Auch in den drei Unterkünften in Plieningen und Birkach sei das Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hoch.

Oberbürgermeister Kuhn erläutert, dass die Situation im letzten Jahr nicht einfach gewesen wäre. Die Stadtverwaltung habe auf Hochtouren gearbeitet, um die vielen Menschen gut unterzubringen. Bürgerinnen und Bürger hätten sich ebenfalls engagiert. Manchen habe es auch nicht gefallen, dass viele neue Menschen gekommen sind. Aber die Stadt sei dazu verpflichtet, die Menschen unterzubringen. Und jetzt beginne die eigentliche Integration. Deshalb habe die Stadt ein Referat für Integration unter der Führung von Herrn Bürgermeister Wölfle eingerichtet. Es liege noch viel Arbeit vor uns, aber der Dank des Oberbürgermeisters gelte den vielen Ehrenamtlichen vor Ort, die sich um die Flüchtlinge und ihre Integration kümmern.

Zur Geschichte von Birkach erklärt Oberbürgermeister Kuhn, dass die Birkacher manchmal auch leicht spöttisch als Herzogskinder bezeichnet würden. In der Literatur hieße es, Herzog Carl Eugen wäre viel in Birkach unterwegs gewesen, die seriösen Historiker könnten dies aber nicht belegen. Stattdessen deute die Bezeichnung Herzogskinder eher darauf hin, dass Herzog Carl Eugen viel für die Infrastruktur in Birkach getan habe.

Die Ergebnisse der Bürgerbefragung von 2013 weisen eine besonders hohe Zufriedenheit der Einwohner des Stadtbezirks aus. 27% der Birkacher sind mit ihrer Lebenslage „sehr zufrieden“ und weitere 58% sind „zufrieden“. Eine so hohe Zustimmung finde man nur in wenigen Stuttgarter Stadtbezirken. Die Lage des Stadtbezirks im Grünen werde von den Einwohnern geschätzt. Schönberg sei eine der begehrtesten Wohnlagen in ganz Stuttgart. Birkach sei sehr familienfreundlich, weil der Stadtbezirk besonders viele Spielplätze, die Jugendfarm und das Kinder- und Jugendhaus habe.

Laut Einwohnerstatistik im Juni 2016 wohnen 6.749 Menschen aus 104 Ländern in Birkach. 33% der Einwohner in Birkach haben einen Migrationshintergrund, was unter dem stadtweiten Durchschnitt von 42% liege.

Oberbürgermeister Kuhn spricht auch an, dass es aktuell in Birkach zu wenige Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren gäbe. Derzeit seien weitere Einrichtungen geplant bzw. im Bau, aber eine Quote von 25% sei nicht mehr zeitgemäß. Das Kernproblem sei allerdings, im ausreichenden Maße Erzieherinnen und Erzieher zu finden. Stadtweit würden Kindertagesstätten gebaut, Personal sei aber nur schwer zu finden. Alle Städte stünden im Wettbewerb um die Erzieherinnen und Erzieher, und die örtlichen Mietpreise seien schwierig. Deshalb habe die Stadt Stuttgart das PIA-Projekt aufgelegt, um die jungen Menschen selber auszubilden und frühzeitig an die Stadt zu binden. Es mangle nicht an Gebäuden und auch nicht am Willen der Stadt, sondern der Personalmangel sei das Nadelöhr.

Oberbürgermeister Kuhn führt weiter aus, dass Birkach einer der sichersten Stadtbezirke in ganz Stuttgart sei. Das liege sicherlich auch an der „primitiven Sicherheit“, weil jeder mit aufpasse. Die Zahlen der Kriminalstatistik für Birkach seien gut.

Oberbürgermeister Kuhn erklärt weiter, dass die Einkaufslage und die Infrastruktur für die Dinge des täglichen Bedarfs ganz gut seien. Es gäbe keine Geschäftsleerstände und wenn mal ein Geschäft aufgeben würde, dann fände sich auch wieder ein Nachmieter für die Räumlichkeiten. Das sei für einen Außenstadtbezirk nicht mehr selbstverständlich! Die Wirtschaftsförderung der Stadt bemühe sich, dass es auch so

bleibt. Oberbürgermeister Kuhn appelliert an die Einwohner, vor Ort einzukaufen und die bestehende Infrastruktur zu nutzen, damit sie erhalten bleibe.

Zum ÖPNV erklärt Oberbürgermeister Kuhn, dass die Verkehrsanbindung in Birkach gut sei, obwohl kein eigener Stadtbahnanschluss vorhanden sei. Die SSB habe zugesagt, eine Stadtplanverlängerung der Linie U3 über Birkach – Asemwald – Degerloch zu prüfen. Dafür läge ein Prüfauftrag vor. Die Stadt Stuttgart lasse derzeit im gesamten Stadtgebiet prüfen, wo eine Anbindung an die Stadtbahn möglich sei. Die Buslinie 79 sei leider nicht angenommen worden, der Bus sei häufig leer zum Flughafen gefahren. Deshalb habe die SSB, die auch wirtschaftlich handeln müsse, die Buslinie zunächst eingestellt.

Oberbürgermeister Kuhn erläutert, dass die Stadt mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien mit Kindern brauche. Für die Bebauung des Pallotti-Areals läge ein einstimmiger Beschluss vor. Oberbürgermeister Kuhn weiß, dass die Anlieger in der Nachbarschaft häufig nicht begeistert seien. Aber es würden mehr Wohnungen in allen Stadtbezirken gebraucht. Das gelte auch für studentisches Wohnen, denn auch Wohnheimplätze würden dringend gebraucht. Die Universität Hohenheim sei in den letzten Jahren stark gewachsen und habe derzeit mehr als 10.000 Studierende. Mehr Wohnheimplätze in Laufradius zur Universität seien unerlässlich. Die Anwohner würden mehr Stellplätze fordern, damit nicht im benachbarten Wohnviertel geparkt werde. Aber Stellplätze steigern auch die Baukosten, was für Studierende schwierig sei. Oberbürgermeister Kuhn sagt, die Universität solle dafür werben, wer so nah an der Universität wohne, könne auch ohne Auto nach Stuttgart kommen.

Oberbürgermeister Kuhn spricht auch das Thema Birkacher Feld an. Am 12.11.2010 wurde das Birkacher Feld als Wohnungsschwerpunkt aus dem Regionalplan rausgenommen und der Bereich wurde zu einem regionalen Grünzug erklärt. Die landwirtschaftliche Schönheit und die landwirtschaftliche Nutzung sollten in dieser Form auch erhalten bleiben und nicht durch Wohnbebauung zerstört werden. Von Seiten der Stadtverwaltung gäbe es keine Pläne mit dem Birkacher Feld. Der Grund hierfür läge im Grundsatz der Stadt „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und die Bebauung des Birkacher Felds würde einen Bruch mit diesem Grundsatz bedeuten. Die Stadt Stuttgart zeichne sich gegenüber vielen anderen deutschen Großstädten durch einen ordentlichen Grünlandanteil aus. 50% der Fläche von Stuttgart sei bebaut und Siedlungsfläche, und die anderen 50% seien landwirtschaftliche Flächen, Wälder und Weinbau. Und laut Oberbürgermeister Kuhn sei es auch ein wertvolles Ziel, dass dies so bleibe. Landwirtschaft in einer Großstadt sei etwas Gutes. Die Kulturlandschaft bleibe erhalten und die Kinder würden erfahren wie Lebensmittel entstehen. Ein weiterer Punkt sei die Naherholung. Die Menschen bräuchten Flächen, um sich zu bewegen und zu erholen.

Im Gemeinderat gäbe es zu diesem Thema immer wieder kontroverse Diskussionen. Manche Fraktionen würden fordern, dass deutlich mehr als die 2.000 Wohnungen gebaut werden. Herr Kuhn betont aber, dass Innenentwicklung eine natürliche Grenze hat. Noch mehr Wohnungen könnten nur durch Außenentwicklung verwirklicht werden. Die Mehrheit der Fraktionen und der Oberbürgermeister Kuhn möchten allerdings an dem Grundsatz festhalten. Es stelle sich allerdings die Frage, wie stark Stuttgart noch wachsen könne. Oberbürgermeister Kuhn sieht aber auch die Region in der Pflicht, Wohnraum für Familien zu schaffen, auch sozialen Wohnraum, und

nicht nur Einfamilienhäuser. Diese Art der Bebauung sei nicht mehr zeitgemäß bei den begrenzten Flächen.

Zum Abschluss macht Oberbürgermeister Kuhn noch ein paar Ausführungen zum Thema Straßensanierung. Viele Straßen in Stuttgart seien nicht im besten Zustand. Deshalb würden die Mittel für Straßenunterhaltung im Haushalt 2016/2017 auf 10 Mio. € und im Haushalt 2018/2019 sogar auf 14 Mio. € erhöht. Das Problem sei erkannt und es werde zukünftig wieder mehr in den Erhalt der Straßen investiert. Aber auch in den Bau von Radwegen, denn der Fahrradverkehr müsse vor allem auch aus Umweltschutzgründen gestärkt werden. Die Straßen, Geh- und Radwege müssen in Ordnung sein, sie seien Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur. Diese wirke sich auf die Lebensqualität und somit auch auf die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus.

Oberbürgermeister Kuhn ist gespannt auf die Wortmeldungen und auf die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Straßenzustand</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> hat zu diesem Thema unlängst einen Artikel in den „Birkacher Notizen“ geschrieben. Er ist der Meinung, dass die bereitgestellten Mittel für das Haushaltsjahr 2018/2019 mit 14 Mio. € nicht ausreichend seien. Ursprünglich standen nur 4 Mio. € im Haushaltsplan. Dies entspricht - umgerechnet auf die Zahl der Bevölkerung - etwa 6 € pro Kopf. Da könne etwas nicht stimmen. Die Infrastruktur müsse in einem guten Zustand sein. Dazu gehören natürlich - trotz Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs - auch die Straßen. Auch 14 Mio. € seien aus seiner Sicht nicht genügend Mittel. Diese Gelder reichen nur für Flickwerk. Es müssten aber die meisten Straßen von Grund auf erneuert werden wie z. B. die Mittlere Filderstraße bis zum Fernsehturm, die Aulendorfer Straße, die äußere Epplestraße und die Alte Dorfstraße. Alles andere wäre herausgeworfenes Geld. Die Stadt müsse einen Plan auf mehrere Jahre erstellen, der eine grundlegende Sanierung der Straßen beinhalte.</p> <p><b>Der Bürger</b> ist der Meinung, die Alte Dorfstraße müsse nicht nur saniert, sondern gänzlich umgestaltet werden. Hier werde „wild“ geparkt und auf die Fußgänger zu wenig Rücksicht genommen. Bei der Planung sollten auch die Bürger einbezogen werden.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, er habe den Artikel des Bürgers genau gelesen. Wenn man mit diesem Grundsatz - also nicht oberflächlich flicken, einen Gesamtüberblick verschaffen, einen Masterplan erstellen - an das Thema herangeht, käme man schnell in ganz andere finanzielle Regionen. Die Stadt werde immer darauf achten, dass die Investition im Straßenbau im richtigen Verhältnis zu den weiteren Maßnahmen wie z. B. die Schaffung von KiTa-Plätzen stehe. In den letzten 10 bis 15 Jahren seien nach Beobachtung von Herrn Oberbürgermeister Kuhn Investitionen sowohl in Straßen- als auch in Schul- und Bädersanierung nicht wirklich getätigt worden. Es gäbe also einen Investitionsstau, der nun systematisch abgearbeitet werden müsse. Hierbei käme es auch auf die Einnahmen der Stadt an.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> freue sich, dass er für die mittelfristige Finanzplanung in den Jahren 2018/2019 14 Mio. € explizit für die Straßenunterhaltung zur Verfügung haben werde.</p> <p>In den Jahren 2010, 2011 und 2012 erfolgten bereits regelmäßige Untersuchungen des Gesamtstraßenbestands. Aber in dieser Zeit hatte man deutlich weniger Instandhaltungsmittel für die Straßen zur Verfügung. Wenn die 14 Mio. € tatsächlich zur Verfügung stünden, könnte man das Thema Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit gewährleisten unter Abwägung der tatsächlich erforderlichen Straßenbaumaßnahmen. Die Baumaßnahmen müssten in der Stadt auch umsetzbar sein. Man benötige zum einen die Baufirmen, zum anderen müsse darauf geachtet werden, dass die Stadt nicht durch städtische Baustellen und andere Baustellen, die es auch noch gäbe, lahmgelegt werde.</p>	X	

		<p>Die Mittlere Filderstraße ist ab Einmündung Eichenhain nicht mehr in städtischer Straßenbaulast. Hier ist das Land zuständig. Es wird dort demnächst eine Kanalsanierung durchgeführt. Zwischen Eichenhain und Aulendorfer Straße sollen in diesem Zusammenhang auch Belagsarbeiten durchgeführt werden. Es wird noch genauer geprüft werden, welche Arbeiten im Einzelnen durchzuführen sein werden.</p>		
--	--	--	--	--



2	<p><u>Thema: Straßenzustand - Leerrohrverlegung</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> interessiert, warum Herr Thürnau nicht mehr Finanzmittel beantrage. Er ist der Auffassung, es wurde bisher deutlich zu wenig investiert bezüglich Straßenbau, zumal Stuttgart eine Autostadt sei.</p> <p>Vor dem Haus des Bürgers wurde der Gehweg vor einem Jahr erneuert. Der Bürger sei jedoch über die Maßnahme nicht informiert worden und konnte während der Bauarbeiten nicht in seine Garage fahren. Er wünscht sich einen besseren Informationsaustausch. Es wäre kein Leerrohr verlegt worden, weil dies die Stadt Stuttgart angeblich nicht mache.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, innerhalb von 15 Jahren wurde zu wenig in Straßensanierung investiert. Er sei der erste Oberbürgermeister - noch dazu ein Grüner - der den Etat diesbezüglich erhöht habe.</p> <p>Zudem bestünde generell ein Problem für die Infrastruktur von Mobilität betreffend Gehwege, Fahrrad und den Ausbau von Stadtbahnen und Bussen. Die zusätzlichen Mittel, die hierfür benötigt werden, muss die Stadt größtenteils selbst bezahlen. Die Stadt habe die Problematik erkannt und möchte den Zustand verbessern, aber dies sei nicht die einzige Fragestellung, mit der sich der Gemeinderat beschäftigen müsse.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> bekräftigt die Aussage des Oberbürgermeisters und erklärt, dass er das Thema immer wieder in den Haushaltsplanberatungen anmelde und die Angelegenheit Schwung aufgenommen habe, seitdem man in einer anderen Konstellation zusammentrete.</p> <p>Es gebe jährliche Abstimmungsgespräche mit unterschiedlichen Leitungsträgern wie der EnBW, KabelBW etc., in denen geklärt werde, wann welche Maßnahme geplant sei, damit die Stadt diese koordinieren könne. Leerrohre werden aus Kostengründen nicht vorsorglich in jede Tiefbauamtsbaustelle gelegt. Manchmal klappe die Abstimmung aber leider auch nicht, was möglicherweise daran liegen könne, dass die Leitungsträger am Ende andere Entscheidungen trafen als sie vorher geplant hätten.</p>	X	
---	--	--	---	--

<p>3</p>	<p><u>Thema:</u> <b>Parkraummanagement in der Innenstadt</b></p> <p><b>Eine Bürgerin</b> spricht das Thema „Stuttgart als Kulturstadt“ an. -Aus ihrer Sicht habe die Stadt die Bezeichnung nicht mehr verdient, weil man die Veranstaltungsorte wie zum Beispiel die Liederhalle nicht mehr so gut erreichen könne. In der Innenstadt gäbe es immer mehr Parkplätze mit Parkuhren und Parkhäuser seien für ältere Menschen keine gute Alternative.</p> <p>Nicht nur Parken, sondern auch die SSB sei teurer und deshalb seien spontane Besuche von Kulturveranstaltungen uninteressant. Einige würden deshalb komplett auf den Besuch von Kulturveranstaltungen verzichten.</p> <p>Sie möchte -gerne wissen, warum so viele Parkuhren in der Innenstadt aufgestellt wurden. Und wie die weitere Entwicklung aussieht?</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> antwortet, dass die meisten Veranstaltungsorte über gute Parkhäuser verfügten, in denen auch Frauenparkplätze ausgewiesen seien. Häufig sei auch die Eintrittskarte -wie beim Staatstheater- gleichzeitig auch ein VVS-Ticket. Auch Kombinationen von Auto und ÖPNV seien möglich.</p> <p>Die Stadtverwaltung habe in der Innenstadt ein Parkraummanagement eingeführt. Die knappen Stellflächen würden bewirtschaftet. Im Stuttgarter Westen habe sich dies gut bewährt, deshalb werde es jetzt auch in Mitte und im Süden umgesetzt. Später werde noch der Stuttgarter Osten folgen. Im Kessel würden wesentlich mehr Parkplätze benötigt als vorhanden seien, deshalb empfiehlt Oberbürgermeister Kuhn, häufiger den ÖPNV zu nutzen.</p> <p>Es war vielleicht ein Fehler, dass neue Einkaufsstätten in der Innenstadt angesiedelt wurden. Das Einkaufszentrum Milaneo ziehe jeden Tag 10.000 Autofahrer an.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> hat den Eindruck, dass die Menschen trotzdem den Weg zu den diversen Kulturveranstaltungen finden. Er empfiehlt Frauenparkplätze zu nutzen und ÖPNV und Auto zu kombinieren.</p> <p>Parken sei ein knappes Gut. Durch das Parkraummanagement würden die Parkflächen optimal ausgelastet und die Bewohner bevorzugt.</p>	<p>X</p>	
----------	---	--	----------	--

4	<p><u>Thema: Geschwindigkeitsbegrenzung Ortsdurchfahrt</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> weist darauf hin, dass der Zustand mancher Straßen in Birkach schlecht sei, was auch Vorteile habe, weil dadurch die Geschwindigkeit der durchfahrenden Autos reduziert werde.</p> <p>Er möchte gerne wissen, warum die Geschwindigkeitsbeschränkung (40-Zone) in der Ortsdurchfahrt (Welfenstraße/Adornostraße) nach der Agip-Tankstelle aufgehoben wird.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt klar, dass Schlaglöcher keine Möglichkeit der Tempobeschränkung sein sollten. Tempobeschränkungen müssten politisch beschlossen werden.</p> <p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> erklärt, dass Stuttgart ca. 1.500 km Straßen habe und davon bereits heute 1.000 km 30-Zonen seien. Wichtig sei es, dass der Verkehr in der Stadt fließen könne. Dabei sei 50 km/h die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Für die Einrichtung von 40-Zonen müssten bestimmte Kriterien wie Lärmschutz, Luftbelastung und Sicherheitsaspekte erfüllt sein.</p> <p>Ohne Rechtsgrund kann keine 40-Zone eingerichtet werden. Für den angesprochenen Straßenabschnitt liegen keine Rechtsgründe vor, die eine Beschränkung rechtfertigen lassen.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erläutert, dass die Durchgangsstraßen schneller als mit 30 km/h oder 40 km/h befahren werden sollen. Das sei auch für den Takt der Busverkehre wichtig. Natürlich sei es für die Autofahrer einfacher, wenn für die gesamte Straße die gleiche Höchstgeschwindigkeit vorgegeben wäre. Die Stadt sei allerdings nicht frei in der Entscheidung, ein Tempolimit einzurichten.</p> <p>Falls weiterer Klärungsbedarf in diesem konkreten Fall bestehe, könne über den Bezirksbeirat ein Antrag gestellt werden und dieser würde dann von der Stadtverwaltung geprüft.</p> <p>Es bestehe auch die Möglichkeit im Anschluss an die Sitzung Herrn Bürgermeister Dr. Schairer die angesprochene Straße bzw. den Straßenabschnitt genau aufzuzeigen, dann könne er dies prüfen lassen.</p>	X	Ref. SOS
---	--	---	---	----------

<p>5</p>	<p><u>Thema: Bürgerhaus und Bücherei für Birkach - Aussegnungshalle auf dem Birkacher Friedhof - Masterplan für Birkach - Abriss Pallotti-Kirche - Verkehr und Feinstaubproblematik in Birkach</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> ist der Auffassung, dass es Birkach an einem Bürgerhaus als einem Ort der Begegnung fehle. Auch vermisse er eine Bücherei in Birkach.</p> <p>Desweiteren finde er die Aussegnungshalle auf dem Birkacher Friedhof beschämend. Er bittet um eine neue Aussegnungshalle.</p> <p>Dem Bürger fehle ein Master-/Stadtteilentwicklungsplan für Birkach. Er führt das Birkacher Feld als Beispiel mit seinem landwirtschaftlichen Betrieb an. Er ist der Auffassung, dort gehöre er nicht hin, stellt aber gleichzeitig die Frage, wohin er denn auch ausweichen solle.</p> <p>Er mahnt weiterhin an, dass die Pallotti-Kirche nicht abgerissen werden dürfe und bemerkt, dass er sich bereits in einem Brief an den katholischen Landesbischof von Baden-Württemberg gewandt habe.</p> <p>Der Bürger spricht das neu erlassene Gesetz bezüglich der Tempo-30-Zonen vor KiTas, Altenheimen etc. an und bittet um die Durchführung, da es in Birkach einen anarchischen Verkehr gebe, was Verkehrszählungen in Birkach bestätigen würden. Er bittet darum, dass man sich Gedanken mache, wie der Verkehr einschließlich der Feinstaubproblematik in Birkach reduziert werden könne.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass er die Konzeption „Nachhaltig mobil in Stuttgart“ auferlegt habe, die der Gemeinderat auch angenommen habe. Damit soll der Verkehr auf der Straße systematisch reduziert werden, sowohl im Stuttgarter Kessel als auch in den Außenbezirken. Deshalb lege der Schwerpunkt auf dem Ausbau an ÖPNV wie z. B. neue Stadtbahnlinien und bessere Bustaktungen. Der Oberbürgermeister ist der Meinung, dass Birkach kein Feinstaubproblem habe. Birkach unterschreite die Grenzwerte.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> hat Verständnis für das Anliegen, das Birkach - wie alle anderen Stadtbezirke auch - gerne ein Bürgerhaus hätte. Er nimmt es gerne auf und die Mitglieder im Gemeinderat werden entscheiden, wo das nächste Bürgerhaus entstehen wird unter Abwägung der Finanzausgaben insgesamt. Herr Oberbürgermeister Kuhn bestätigt, dass Kultur und Begegnung wachsen würden, indem gute Räume verfügbar seien, in denen man sich treffen könne.</p> <p>Bei dem Thema Pallotti-Kirche hingegen teile er die Ansicht des Bürgers nicht. Die Fläche werde für die Wohnbebauung gebraucht. Wenn er sage, nicht auf das Birkacher Feld zu gehen, dann hieße dies im Umkehrschluss, dass der Wohnungsbedarf neu durch Nachverdichtung geschaffen werden müsse. Er sei verpflichtet, auch an die Menschen zu denken, die keine Wohnungen hätten und bezahlbare Wohnungen suchen würden.</p> <p>Die Aussegnungshalle sei ein städtisches Thema im Gemeinderat, zu dem noch keine Lösung gefunden worden sei.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> bezieht Stellung zur Aussegnungshalle und der Grundrichtung im Gemeinderat. Das letzte Mal wurde 2014 - vor den Haushaltsplanberatungen für den jetzigen Doppelhaushalt - darüber gesprochen.</p>	<p>X</p>	
----------	---	---	----------	--

		<p>Ein Problem sei der Denkmalschutz, der 1999 abgelehnt habe, ein geschlossenes Vorgebäude zu bauen. Im Zuge der weiteren Prüfung habe man erneut beim Denkmalschutz angefragt, ob die Seitenwände geschlossen werden könnten. Dies wurde auch untersagt. Man könne allerdings rahmenlose Glasfenster zwischen die Pfosten aufstellen, wogegen sich der Gemeinderat allerdings ausgesprochen habe. Der nächste Prüfauftrag lautete, ob man das dahinter befindliche Leichenhaus auch als Feierhalle nutzen könne. Die Grundfläche betrage allerdings nur 30 m<sup>2</sup>, so dass dies nicht zielführend sei. Dann wurde geprüft, ob man an anderer Stelle auf dem Friedhof bauen könne, was an die Grenze der gegebenen Fläche und vor allem an die der Finanzierung stieß. Somit konnte kein Beschluss über eine Veränderung im Gemeinderat herbeigeführt werden.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stellt fest, dass die Aussegnungshalle ein wichtiges Thema für die Birkacher sei und er dies daher mitnehmen werde.</p> <p><u>Bürgermeister Dr. Mayer</u> merkt an, dass jeder Stadtbezirk gerne eine eigene Stadtteilbibliothek hätte. Die Ausleihen bei Büchern seien rückläufig. Die Online-Ausleihen nähmen stark zu. Es gebe die Fahrbibliothek in Birkach, die sehr gut akzeptiert werde; v. a. bei den Schulen und KiTas. Mit der bisherigen Struktur seien die meisten sehr zufrieden.</p>		
--	--	---	--	--

<p>6</p>	<p><u>Thema:</u> <b>Parkdeck Alte Dorfstr. 92</b></p> <p><b>Eine Bürgerin</b> weist darauf hin, dass das Parkdeck beim Wohnblock in der Alten Dorfstraße 92 seit Jahren nicht mehr gereinigt wurde. Das Parkdeck sei inzwischen sehr rutschig und habe tiefe Kufen. Sie möchte gerne wissen, wer der Eigentümer dieser Fläche ist.</p> <p>Außerdem macht sie auf die chaotischen Parkverhältnisse an der Uni Hohenheim - Schwertstraße - Kirschenallee aufmerksam. Sie kann nicht nachvollziehen, warum die Uni Hohenheim 360 Stellplätze zu viel haben soll. Wie soll das in Zukunft aussehen?</p>	<p><u>Bürgermeister-Thürnauf</u> kann die Frage nach dem Eigentümer des Parkdecks nicht beantworten. Die Antwort wird nachgereicht.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass die Uni Hohenheim einen Mangel an studentischen Wohnraum habe. Einen Anspruch auf einen Wohnheimplatz hätten nur Studierende die weiter als 50 km entfernt wohnen. Alle anderen hätten keinen Anspruch und müssten pendeln. Die Lösung muss sein, mehr Wohnraum für Studierende zu schaffen. Besser mehr Wohnraum als mehr Parkplätze bauen!</p> <p>Auch bei schwierigen Parkplatzverhältnissen müssten Baumaßnahmen durchgeführt werden, damit der Betrieb der Universität gewährleistet werden kann. Die Anzahl der vorgeschriebenen Parkplätze richtet sich nach der Landesbauordnung.</p>	<p><b>X</b></p>	<p><b>Ref. T</b></p>
----------	---	--	-----------------	----------------------

7	<p><u>Thema:- Straßenquerung Aulendorfer Straße</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> mache sich Sorgen wegen der Überquerung der Aulendorfer Straße auf Höhe der Bushaltestelle Pallotti-Kirche zur Jugendfarm bzw. von der anderen Seite zum Wohngebiet. Besonders schlecht sei die Sicht wenn man von der Jugendfarm die Aulendorfer Straße via Hüpfinsel queren wolle. Das Buswartehäuschen erschwere eine gute Sichtbeziehung zum herannahenden Verkehr. Schließlich gehe es um die Sicherheit der Kinder!</p> <p>Er unterbreitet folgende Lösungsvorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Werbewand an der Seite entfernen oder an der Rückseite befestigen, um die Sicht zu verbessern oder</li> <li>• Wartehäuschen komplett versetzen oder</li> <li>• Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h.</li> </ul>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> erklärt, dass das Problem erkannt sei. Zur Lösung des Problems werden zwei Dinge unternommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Sicht soll nach Absprache mit der SSB verbessert werden. Dies wurde bereits veranlasst.</li> <li>2. Die Verkehrsströme werden nach Fertigstellung der Bebauung des Pallotti-Areals neu erhoben.</li> </ol> <p>Nach der polizeilichen Auskunft sei bislang noch kein Unfall passiert.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> ergänzt, dass dieses Problem bereits im Online-Portal vorgetragen wurde und weiter beobachtet wird. Er schlägt vor, im Austausch zu dem Thema zu bleiben.</p>		<p><b>Ref. SOS</b></p>
---	--	--	--	------------------------

<p>8</p>	<p><u>Thema: Neubau Studierendenwohnheim in der Egilolfstraße</u></p> <p>Grundsätzlich seien wohl alle Anwohner der Meinung, dass die Universität Studierendenwohnheime benötige, allerdings kritisiert die Bürgerin die Vorgehensweise bei der Information der Anwohner, die bisher noch nicht erfolgt sei. Eine Anwohnerbeteiligung und Vorstellung des Projekts wurde bisher nicht durchgeführt, obwohl ein großer Gesprächsbedarf bei den Anwohnern bestehe. Sie schlägt vor, einen kurzfristigen Anhörungstermin mit der Bezirksvorsteherin und den zuständigen Ämtern anzuberaumen.</p> <p>Die Egilolfstraße sei als kleine Straße bereits heute schon überlastet. An die Tempo-30-Zone hielten sich viele Autofahrer ihrer Meinung nach nicht. Es bestünde zudem Parkplatznot. Nun würden aber Wohneinheiten mit ohne ausreichende Stellplätze geschaffen. Außerdem sei die Erschließung über die Egilolfstraße geplant und nicht aus der Universität. Die Bürgerin frage sich, warum eine intakte Sportanlage abgerissen werde, um dort einen Neubau zu errichten, obwohl es in unmittelbarer Nähe freies Feld bzw. Wiese gebe und noch zwei studentische Wohntürme, an die man einen Erweiterungsbau anfügen könnte.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> führt aus, dass das Wohnheim kein Projekt der Stadt, sondern ein Projekt des Studierendenwerks zusammen mit der Universität Hohenheim sei. Die Stadt sei nur begleitend eingebunden, weil es um das Thema Baurecht und Stadtplanung gehe. Dieses Projekt wurde im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt. Herr Pätzold könne den bestehenden Gesprächsbedarf nachvollziehen. Am 09.12.2016, um 17 Uhr, lade die Universität Hohenheim zu einer Informationsveranstaltung im Euroforum ein. Dort werde auch der Masterplan der Universität vorgestellt mit den Themen Verkehr, Mobilität, Studentenwohnheime und Ausbau der Institute.</p> <p>Es werde kein neuer Bebauungsplan benötigt. Ein Vertreter des Stadtplanungsamts werde am 09.12.2016 ebenfalls anwesend sein, um diesbezügliche Fragen zu klären. Aus der Sicht von Bürgermeister Pätzold sind die Planungen, die es bisher gebe, baurechtlich zulässig. Er stehe an der Infoveranstaltung gerne für weitere Fragen zur Verfügung.</p>	<p>X</p>	
----------	---	--	----------	--



9	<p><u>Thema:</u> <b>Reparatur Dusche in der Alfred-Wais-Halle</b></p> <p><b>Ein Bürger</b> fragt nach, wie lange der Antrag für die Renovierung/Reparatur einer Dusche in der Alfred-Wais-Halle dauere. Er warte seit 2008 auf eine Antwort vom Schulverwaltungsamt. Angeblich finde sich kein Handwerker, der sich dieser Sache annehme.</p>	<p><u>Bürgermeisterin Fezer</u> teilt mit, dass das Schulverwaltungsamt für diesen Bereich zuständig sei. Ihr sei diese Problematik nicht bekannt, möchte sich jedoch gleich morgen mit dem Schulverwaltungsamt hierüber austauschen.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> verspricht, dass eine Antwort nachgereicht werde.</p>		<p><b>Ref. JB</b></p> <p><b>Schulverwaltungsamt</b></p>
---	---	--	--	---

<p>10</p>	<p><u>Thema: -Investitionsbedarf in die örtliche Infrastruktur</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> weist auf den Investitionsstau der Stadt Stuttgart hin und bittet darum in Zukunft wieder mehr in die Instandhaltung der Infrastruktur und der Schulen zu investieren. Die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an die Stadtverwaltung sei, dass die Infrastruktur und die Schulen ordnungsgemäß genutzt werden können. Die Frage, wer den schlechten Zustand in der Vergangenheit zu verantworten habe, interessiere die Bevölkerung nicht. Die Stadt erhalte Steuermittel und müsse ihren aktuellen Verpflichtungen nachkommen.</p> <p>Er führt an, dass die Stadt Stuttgart im Jahr 2015 einen Überschuss von 245 Mio. € erwirtschaftet habe. Warum also nicht 40 Mio. € für Straßensanierung investieren?</p> <p>Außerdem sei der Altbau der Grundschule Birkach in einem miserablen Zustand und müsse dringend saniert werden.</p> <p>Zum Thema Aussegnungshalle möchte er von Herrn Bürgermeister Thürnau wissen, was genau unter Deckmalschutz stehe. Er lädt auch das Denkmalschutzamt ein, nach Birkach zu kommen und sich vor Ort zu informieren. Die Baracke solle abgerissen werden. Birkach brauche eine anständige Aussegnungshalle.</p> <p>Zum Abschluss hat er noch die Bitte an Frau Bezirksvorsteherin Lindel dafür zu sorgen, dass die öffentlichen Bezirksbeiratssitzungen auch für die Bevölkerung akustisch gut verständlich seien.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass nicht alle Infrastrukturthemen gleichzeitig angepackt werden können. Dafür brauche es politische Entscheidungen.</p> <p>Bei der Schulsanierung gäbe es einen Plan, wann welche Schule saniert wird. Probleme können allerdings bei der Durchführung einer Schulsanierung durch enge Kapazitäten der Firmen auftreten.</p> <p>In Stuttgart sei viele Jahre gespart worden und Sparen an der Infrastruktur sei nicht immer eine gute Idee, weil die Folgekosten manchmal höher seien. Oberbürgermeister Kuhn weist aber darauf hin, dass in anderen Städten in Deutschland die Probleme größer seien.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> teilt mit, dass das hinter der Holzbaracke befindliche gemauerte Leichenhaus unter Denkmalschutz stehe. Bereits 1999 durfte wegen des Denkmalschutzes kein geschlossenes Gebäude davor errichtet werden, da ansonsten die Sicht auf das Leichenhaus beeinträchtigt wäre.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	---	----------	--

11	<p><u>Thema: Neues Integrationsreferat</u></p> <p><b>Eine Bürgerin</b> interessiert sich für die konkreten Aufgaben, die dieses Referat zu erfüllen hat. Außerdem möchte sie wissen, ob sich Ehrenamtliche bei aufkommenden Fragen direkt an das Referat wenden können.</p>	<p><u>Bürgermeister Wölfle</u> bestätigt, dass sich die Ehrenamtlichen sehr gerne an das Referat wenden können. Er weist auf das Dankesfest für Ehrenamtliche, die im Flüchtlingsbereich tätig sind, hin und teilt mit, dass er sich auch auf diesem Fest gerne nochmals mit der Bürgerin austausche.</p> <p>Die Aufgabe bestehe darin, dass sich die Neubürger in Stuttgart mit Hilfe der Ehrenamtlichen so schnell wie möglich in unsere Gesellschaft integrieren und wir unseren Beitrag dazu leisten können.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> nimmt Bezug auf die von ihm - mit Zustimmung des Gemeinderats - kürzlich geschaffene Verwaltungsreform. Die Bürgermeisterämter wurden neu zugeschnitten. Bürgermeister Wölfle untersteht der Bereich Integration und Soziales sowie die Zuständigkeit für das Jobcenter. So könne die Frage, wie die Menschen in Arbeit kommen, aus einer Hand beantwortet werden und unter ganzheitlichen Gesichtspunkten betrachtet werden.</p>	X	
----	---	---	---	--

12	<p><u>Thema: Wohnungsleerstand</u></p> <p>In der Presse wurde vor einiger Zeit publiziert, dass sich die Stadt dem Wohnungsleerstand annehmen und diesen erfassen wolle. Den Bürger interessiert, wie_viele Wohnungen inzwischen belegt wurden.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> informiert, dass im Gemeinderat mit knapper Mehrheit ein Zweckentfremdungsverbot erlassen wurde. Es stünden ca. 11.000 Wohnungen leer, die allerdings nicht alle zu den dauerhaften Leerständen zählen würden. Fachleute schätzen, dass es ca. 2000 bis 2500 echte Leerstände gebe. Hier wollen die Eigentümer aus bestimmten Gründen nicht vermieten. Aufgrund des Artikels im Grundgesetz, dass Eigentum verpflichte, und aus der sozialen Verantwortung heraus, wurde das Zweckentfremdungsverbot eingeführt. Das Baurechtsamt schreibe die entsprechenden Eigentümer dann an und erkundige sich, warum die Wohnung oder das Haus nicht vermietet werde und berate die Eigentümer auch. Es könne am Ende jedoch auch ein Bußgeld verhängt werden. Dieses Instrument bestehe jetzt seit ca. einem Jahr. Der Oberbürgermeister hält es für gut, wenn von den 2000 Leerständen etwa 1000 vermietet werden könnten. In einem Jahr kann ein Resümee gezogen werden.</p>	X	
----	---	--	---	--

13	<p><u>Thema:</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> beobachtet, dass der Fußweg von der Alten Dorfstraße in Richtung Bushaltestelle nicht mehr ausreichend gereinigt werde. Das Laub liege so hoch auf dem Gehweg, dass ältere Menschen mit Rollator nicht mehr durchlaufen könnten. Das betreffe den Anna-Haag-Weg und die Verlängerung am Friedhof entlang.</p> <p>In der Straße Hinter den Gärten wurde auf Höhe Haus Nr. 14 von der Stadt eine Eiche gepflanzt, die inzwischen ca. 15 – 20 m hoch sei. Auch hier falle im Herbst viel Laub an. Er fordere die Stadt auf, dass die öffentlichen Wege regelmäßiger gereinigt werden.</p>	<p><u>Bürgermeister Thürnau</u> nimmt das Thema mit und klärt, ob es sich um eine Anliegerverpflichtung handelt oder ob die Reinigung in städtischer Verantwortung liege.</p> <p>Falls die Stadt zuständig sei, werde er die Reinigung veranlassen.</p>		<p><b>Ref. T</b></p>
----	--	---	--	----------------------

14	<p><u>Thema:</u> <b>Turn- und Sporthalle – Kapazitäten reichen nicht aus</b></p> <p><b>Ein Bürger</b> gibt an, dass er sich beim TSV Birkach in der Volleyball-Jugend engagiere, die derzeit einen großen Zuwachs erfahre. Das Problem sei, dass es an einer geeigneten Turnhalle fehle. Die Alfred-Wais-Halle kann inzwischen wieder genutzt werden und das Training finde auch in der kleinen Schulsporthalle statt. Aber eigentlich werde eine größere Sporthalle benötigt.</p> <p>Angesichts des weiteren Bevölkerungszuwachses durch die Bebauung des Pallotti-Areals werde die Situation noch verschärft und deshalb bitte er dringend um eine Lösung.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> lädt den Bürger zu einem Gespräch ins Rathaus ein, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.</p>		<p><b>Ref. SOS</b></p>
----	--	---	--	------------------------

15	<p><u>Thema: Turnus der Einwohnerversammlung verkürzen</u></p> <p><b>Ein Bürger</b> bittet darum, häufiger eine Einwohnerversammlung durchzuführen, weil das Interesse der Bevölkerung hoch sei. Einwohnerversammlungen nur alle sieben Jahre durchzuführen reiche seiner Ansicht nach nicht aus. Er schlage vor, im nächsten Jahr wieder eine Einwohnerversammlung in Birkach zu machen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass in den 23 Stadtbezirken alle sieben Jahre eine Einwohnerversammlung durchgeführt werde. Er teile das Bedürfnis, sich häufiger mit der Bevölkerung auszutauschen, aber es gebe hierfür noch andere Möglichkeiten. Bürgermeister oder der Oberbürgermeister können z. B. auch für einzelne Themen vor Ort kommen, um Gespräche zu führen.</p> <p>Für die Verwaltung sei es wichtig zu wissen, was die Bürgerinnen und Bürger bewege. Alle Einwohnerversammlungen in der Stadt seien gut besucht.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> bedankt sich für die Anregung. Bürgerinnen und Bürger, die mit machen wollen, seien immer willkommen.</p>	X	
----	---	--	---	--

Stuttgart, 21. November 2016

Schriefführerinnen